

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 52 (1973)
Heft: 11

Buchbesprechung: Literatur

Autor: Reventlow, Rolf / Ley, Katharina / Egli, Werner

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Literatur

«Ist der Abmach gut for Jiden?»

J. W. Brügel (Herausgeber), Stalin und Hitler, Europa-Verlag, Wien 1973

Obwohl als Herausgeber angegeben, ist dieses Buch doch sehr ureigentlich ein Buch von J. W. Brügel. In einer sorgsam zusammengetragenen und aus den verschiedensten Sprachen ins Deutsche übertragenen Dokumentation aus diplomatischen Akten, Zeitungsmeldungen, vorwiegend aus der kommunistischen Presse vieler Länder, und anderen Berichten hat Brügel hier die Geschichte des famosen Nichtangriffspakts zwischen der Hitlerregierung und Stalin vom 22. August 1939 dargestellt. Die Kunst des Herausgebers liegt jedoch nicht nur in seinen umfangreichen Recherchen, sondern und vor allem auch, was er an Auszügen aus diesem Material aufeinander abgestimmt so zu ordnen verstand, dass dieses Buch fast wie eine zusammenhängende Darstellung wirkt, nicht zuletzt auch durch die Einleitung aus seiner Feder. Er nennt sie «eine Art Wegweiser durch den Dschungel der kommunistischen Politik». Tatsächlich geht es hier nicht nur um das Rosstäuscherspiel zwischen den beiden Diktatoren Stalin und Hitler. Es geht auch um die kommunistische Politik schlechthin. Denn in den Jahren 1939 und 1940 bestand noch die Kommunistische Internationale als alleinseligmachendes oberstes Politbüro für die kommunistischen Parteien aller Herren Länder. Für die heutige Generation ist es kaum mehr vorstellbar, wie automatisch Weisungen des EKKI (Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale) automatisch und unterwürfig, ohne Zutuns eigenen Nachdenkens, allüberall im kommunistischen Bereich vollzogen wurden.

Erinnern wir uns. Der Nichtangriffspakt Stalin-Hitler hatte auch ein geheimes Zusatzprotoll «für den Fall einer territorial-politischen Umgestaltung der zum polnischen Staate gehörenden Gebiete», mit anderen Worten, der Auftakt zur vierten Teilung Polens. Im Anschluss daran gab es bereits in diesem Pakt-Nebenabkommen und dann im Verlauf der diplomatischen Gespräche und Besuche einen umfassenden Pferdehandel über Gebiete oder Gebietsteile zwischen Bessarabien und Litauen. Alle kommunistischen Parteien – nur die Chinesen und Indonesier fehlen hier – aber gaben ihren Segen in Kommentaren, deren Widersinnigkeit im Verhältnis zum Tatbestand des Massenmordregimes in Deutschland nicht einmal die mitunter sarkastischen Titel, die Brügel über jedes Zitat stellte, voll darzustellen vermögen. Sogar amerikanisch-jüdische Kommunisten meinten, dieser Pakt («Der Abmach» auf jiddisch) sei ein Segen für die Menschheit und für die Juden. Der Slogan regierte, nicht die einfache Überlegung, dass in Deutschland damals eine Diktatur am Ruder war, deren Antisemitismus wohl niemand zu übersehen vermochte. Nachdem die «Naje Zeit» in New York diese Frage, ob der Pakt gut für die Juden sei, bejahte, versuchte sie in bemerkenswerter Gedankenakrobatik sogar

die Kristallnacht und alle grausamen Judenverfolgungen auf das Konto jener zu buchen, die nach dem zu diesem Zeitpunkt für Kommunisten verordneten Sprachgebrauch als «Imperialisten» anzusehen waren, Chamberlain beispielsweise. So liest man denn drei Jahrzehnte später nach:

«Die Sowjetregierung konnte sich nicht damit begnügen, neutral zu bleiben, was ihr verschiedene Leute empfohlen haben. Sie musste handeln, um Chamberlains Pläne zu verhindern. Jeder Jude weiss, wenn du Chamberlain schlägst, schlägst du Hitler. Ohne Chamberlains Hilfe hätte es im vorigen November kein Pogrom in Deutschland gegeben, und es hätte wahrscheinlich auch keinen Hitler gegeben. Ist es also nicht klar, dass dieser Pakt, der ihre Feinde geschlagen hat, gut ist für die Juden . . .»

Wenige Tage später bekamen die Juden des von Hitler überrannten Polen bereits eine Vorahnung dessen, was das Dritte Reich für sie im weiteren Verlauf bedeuten werde.

Der Fall des Massenmordes an jüdischen Menschen, im Schatten dieses Nichtangriffspaktes, ist ein Sonderfall. Ein weiterer – politischer – Fall ist die vierte Teilung Polens. In der heutigen zeitgeschichtlichen Darstellung der Sowjets ist nun eigentlich alles in bester Ordnung. Das alte Polen war ein Nationalitätenstaat – was sogar stimmt –, und nunmehr gibt es ein einheitlich nationales Polen. Aber was liegt dazwischen? In Berlin vermerkte der Diplomat Weizsäcker am 30. September 1939 – also nach dem Niederwerfen Polens –, der nationalpolnische Raum sei nun im ganzen der deutschen Interessensphäre zugeordnet¹. Und wenn Hitler sich besonnen und die Sowjetunion dann doch nicht angegriffen hätte? Dann wäre ja wohl dieser auf zehn Jahre (. . .) abgeschlossene Nichtangriffspakt bestehen geblieben und wohl auch, wie diese Dokumentenauszüge nachweisen, die Mässigung der sowjetischen Presse gegenüber Hitler-Deutschland weitergeführt worden. Soweit zur Frage der Polen und anderer Völker – in den Baltenstaaten beispielsweise –, die dieser Paktspolitik zum Opfer fielen. Verbleibt, für Sozialdemokraten von besonderem Interesse, die kommunistische Politik in jener Zeit, die befehlsgemäss verkündete, Imperialisten findet man nur in England, Frankreich und allenfalls Nordamerika. Spezifisch ist dabei die Wendigkeit der französischen Kommunisten, die 1939 zuerst ihre Bereitschaft verkündeten, ihr Land gegen Hitler zu verteidigen, dann aber jene Art von «Friedenspolitik» inaugurierten, wie sie sich hier in einem Aufruf der Region Paris der KPF vom Juni 1940 (Seite 226) widerspiegelt, eine Friedenspolitik, die dann natürlich auch von einer Kriegserklärung an die Adresse bekannter Sozialisten, wie Léon Blum, begleitet wurde. Für ihn und andere forderte die KPF, man müsse sie in den Anklagezustand versetzen, was bekanntlich im Zeichen

¹ Wie es dann in der «Interessensphäre» zugeht, wird von Martin Broszat in dessen Studie «Nationalsozialistische Polenpolitik» (Fischer Bücherei 1965) eingehend beschrieben.

der Politik der «Nationalen Revolution» des Marschall Pétain auch geschah. Damals gestattete die deutsche Besatzungsbehörde das Erscheinen der kommunistischen Zeitung «L'Humanité», die sich feierlich dazu verpflichtete, «die Machinationen der Agenten des britischen Imperialismus» anzuprangern. Ein Jahr darauf wendete sich das Blatt, doch das gehörte nicht mehr zur Epoche, die Brügels Dokumentarsammlung umfasst. Sie schliesst mit dem Bericht aus der Hitler-Botschaft in Moskau, als Molotow, der damalige sowjetische Aussenminister, nach der Überreichung von Hitlers Kriegserklärung sagte: «Das haben wir nicht verdient . . .» Sozusagen als Nachwort wird noch die Tochter Stalins, Swjetlana Allilujewa, zitiert, die in ihren Erinnerungen berichtet, wie ihr Vater deprimiert war, weil er sich – mit Hitler– so ungeheuer verrechnet hatte.

Natürlich ist diese Dokumentarsammlung keine Unterhaltungslektüre, kein Lesegenuss, wohl aber eine notwendige Lektüre für alle, die unsere gegenwärtige europäische Zeitgeschichte in ihren Zusammenhängen mit ihrer jüngsten Vergangenheit begreifen wollen. Rolf Reventlow

Schweiz — Dritte Welt: Solidarität oder Rentabilität?

Hrsg. R. Büchi und K. Matter. Schulthess Polygraphischer Verlag, Zürich, 228 Seiten, Fr. 17.–.

Sechs junge Ökonomen untersuchen in diesem informativen Band die wichtigsten Beziehungen zwischen der Schweiz und den Ländern der Dritten Welt. Für einmal wird nicht die Entwicklungspolitik einer alten Kolonialmacht (vgl. J. Galtung neues, ebenfalls hier besprochenes EWG-Buch), sondern eines kleinen, neutralen Landes ohne koloniale Vergangenheit kritisch betrachtet. Die verschiedenen Aufsätze lehnen sich an die strukturelle Theorie des Imperialismus des norwegischen Friedensforschers Johan Galtung an, der im Vorwort bemerkt, dass es sich bei diesem Buch «um einen sehr nötigen Beitrag zum schweizerischen Selbstverständnis und damit ganz allgemein zu einem tieferen Weltverständnis» handle.

Es stellt sich im Lauf der Lektüre klar heraus, dass dieses schweizerische Selbstverständnis grundlegend revisionsbedürftig ist. Die Schweiz ist Teil einer internationalen Struktur, und der gewaltige Abstand zwischen den Industrieländern und den Ländern der Dritten Welt ist notwendiger Bestandteil dieser Struktur. Das schweizerische Selbstverständnis «als Sonderfall» wird aus dieser Perspektive zumindest anzweifelbar, dazu kommt, dass auch der Neutralitätsbegriff in bezug auf Ausbeuter und Ausgebeutete nicht mehr tauglich erscheint.

Bestandesaufnahmen in einem nicht von Wirtschaftsinteressen dominierten Licht lassen die Schweiz nicht eben in einem günstigen Licht erscheinen. Die Politik gegenüber den Entwicklungsländern verfolgt im wesentlichen die gleichen Ziele wie auf dem Gebiet des internationalen Geschäftsverkehrs: Erweiterung der Exporte und Sicherung der Investitionen. Eine Analyse der Kapitalflüsse zwischen Schweiz und Dritter Welt

zeigt unmissverständlich, dass heutige «Entwicklungshilfe» eine Hilfe für die Entwickelten ist.

Die sechs Autoren betonen auch, dass eine Betrachtung der Entwicklungsproblematik nicht nur unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten erfolgen darf. In einem Aufsatz über die Auslandschweizer als «Träger der schweizerischen Kulturpolitik in Entwicklungsländern» wird am Beispiel der Auslandschweizerschulen beschämend klar, wer was wie und zu welchem Zweck an diesen Schulen lehrt und lernt. Alles in allem zeigen die verschiedenen Beiträge in diesem äusserst notwendigen Buch, dass wirtschaftliche und andere Interessenträger ihre Politik in der Dritten Welt recht ungestört verfolgen können, da für den Schweizer Bürger diese Beziehungen nicht ohne weiteres einsichtig sind. Zur vermehrten Aufklärung über Zusammenhänge zwischen beispielsweise nationalem Reichtum und internationaler Ausbeutung dient der vorliegende Band in hervorragender Weise.

Katharina Ley

Zum Beispiel: Bern 1972

Kurt Marti, Luchterhand-Verlag 1973, 185 Seiten.

Dieses Buch wird selbst zum Beispiel. Es ist, wie sein Untertitel sagt, ein politisches Tagebuch, und der Verfasser bedauert, dass er dadurch zu sehr in den Vordergrund rückt. Wir Leser bedauern das keineswegs. Wer mit so zuverlässiger geistiger Sonde in den Hintergrund schweizerischer Politik und Wirtschaft eindringt, darf ruhig im Vordergrund stehen.

Interessant, wie der Verfasser die alltäglichen Ereignisse zu einem eindrucksvollen Mosaik zusammenbaut. Diese Begebenheiten – Kurt Marti macht es klar – führen notwendigerweise zu politischem Handeln.

Besondere Sorgfalt lässt der Verfasser dem Herrn Major Cincera angedeihen, jener faschistoiden Gestalt also, die mit Vorliebe in Frauenversammlungen auftritt und möglichst ohne Diskussion die Frauen das Gruseln vor den «Roten» lehrt. Cincera, Mahnmal eines «kalten Kriegers», sollte eigentlich wie jener indische Guru nach jedem seiner Sätze in Gelächter ausbrechen – Vermittlung von Erleuchtung durch Gelächter!

Kurt Marti wurde, wie bekannt, durch die Berner Universität ein Lehrauftrag verweigert, wohl darum, weil er in dunkle, helvetische Landschaften hineinleuchtet und vor dem Etablisement nicht halt macht.

Der Verfasser bleibt aber nicht am allzu Alltäglichen haften. Er weiss Geschichtliches und Gegenwärtiges mit dem Blick in die Zukunft zu verbinden, so etwa, wenn er von den ersten Uhrenarbeitern im St.-Immer-Tal berichtet (Seite 97): «... die libertären Sozialisten hielten nichts von der Partizipation an der parlamentarischen Politik, setzten ganz auf die Selbstorganisation und Selbsthilfe der Arbeiter. Zu englischen Genossen, die sie zum Einstieg in die Politik überreden wollten, antworteten sie (Seite 97): «... Wenn ihr in den schweizerischen Republiken leben würdet, in unseren der Form nach demokratischen Institutionen, dank wel-

chen das Volk, das sich für frei hält, seine ökonomische Versklavung nicht bemerkt und sich gefügig durch politische Charlatane einwickeln lässt, die das Volk missbrauchen, dann würdet ihr einsehen, dass es unsere erste Aufgabe ist, uns der politischen Intriganten zu entledigen, die ständig die sozialen Probleme verschleiern . . .»

Unrecht ist es auch, wenn kürzlich Marti vorgeworfen wurde, er steige mit diesem Buch in «Unterhaltungsliteratur» um. Mit nichten! Dieses wohldokumentierte Tagebuch verzeichnet und beschönigt nichts. Sein «Zum Beispiel Bern» ist nicht nur ein notwendiges, es ist auch ein tapferes Buch!

Werner Egli

Kapitalistische Grossmacht Europa oder die Gemeinschaft der Konzerne?

Johan Galtung. Rowohlt Taschenbuch Nr. 1651, 203 Seiten, etwa Fr. 6.–.

Der norwegische Soziologe und Friedensforscher Johan Galtung, ein vehementer Gegner eines kapitalistisch organisierten Europas, kann es kaum glauben, wie niedrig der Bewusstseinsstand in bezug auf die EWG ist auf dem westeuropäischen Kontinent. Zur Zeit der Abstimmung des Schweizervolkes über das Freihandelsabkommen Schweiz–EWG erwähnte selbst die «AZ» den bevorstehenden Schritt ganz arglos als «neue Etappe unserer Beteiligung an der europäischen Integration». Galtung zeigt mit aller Deutlichkeit auf, wie der wachsende Gigant EWG als neue Supermacht mit dem Ziel der Wiederherstellung einer eurozentrischen Welt nichts aus der Vergangenheit gelernt hat. «Man nehme fünf zerfallene Kolonialreiche, füge das sechste später hinzu und mache aus all dem ein einziges grosses Neokolonialreich.»

Mit Hilfe der von ihm entwickelten Machttheorie (Theorie des strukturellen Imperialismus) untersucht der Autor die ressourcenbedingte Macht der EWG (Bevölkerung, Produktion, Handel), die strukturbedingte Macht (Macht, die sich aus der Position im internationalen System ergibt), den militärischen Aspekt und vor allem die Beziehungen der Europäischen Gemeinschaften zur Dritten Welt und zu den sozialistischen Ländern. Sein Fazit: Das «Europa der Neun» verfügt über gewaltige natürliche Ressourcen und eine noch grössere strukturelle Macht. Der spalterische Einfluss auf die Entwicklungsländer, die klassische vertikale Arbeitsteilung nach kapitalistischen Prinzipien entsprechen «genau der Politik, die dieser imperialistische Teil der Welt schon seit Jahrhunderten betrieben hat» gegenüber der übrigen Welt – «nur mit dem Unterschied, dass nun eine neue Dimension, die moderne Technologie, hinzutritt». Die Benachteiligten dieser Politik sind etwa 70 Prozent der Weltbevölkerung.

Da für Galtung keine Hoffnung besteht, dass die Welt mit dem Erscheinen der Supermacht EWG friedlicher wird, entwirft er eine eigene Konzeption eines auf mehr Gerechtigkeit und Solidarität basierenden föderalistischen Systems. (Galtung spricht gar von Kantonen und einem hohen Mass an direkter Demokratie in und zwischen ihnen – er hat sich zweifel-

los am schweizerischen Modell inspiriert!) Da eine freiheitlich sozialistische Alternative zur EWG noch in weiter Ferne liegt, misst der Autor der Bewusstseinsbildung für eine solche Politik grösste Bedeutung zu, zumal die Gegenwellen und Gegenkräfte bereits heute in Anzeichen vorhanden sind: bei einem Teil der Jugend, bei sozialistischen Ländern wie Tansania, Kuba, China; bei den 42 Ländern der Dritten Welt, die heute in Brüssel «Verhältnismässigkeit zwischen Ungleichen» verlangen. Die EWG hat offensichtlich anregend auf die Entwicklungsländer gewirkt und Gegenkräfte mobilisiert, «die die Welt eines Tages gerechter und vielfältiger gestalten können». In diesem Zusammenhang sei noch auf folgende informative Schrift hingewiesen: «EWG und Dritte Welt, Die entwicklungspolitischen Implikationen eines EWG-Beitritts der Schweiz», von Antonin Wagner. Katharina Ley

Blick in die Zeitschriften

Zur Problematik der älteren Arbeitnehmer

Trotz dem leergefegten Arbeitsmarkt zählt man in der Bundesrepublik Deutschland über 62 000 Arbeitslose im Alter zwischen 45 und 65 Jahren. Ihnen gegenüber stehen nahezu 635 000 offene Arbeitsplätze und 2,4 Millionen beschäftigte ausländische Arbeiter. Mit der «Problematik der älteren Arbeitnehmer» befasst sich in Heft 9 der «*Neuen Gesellschaft*» (Bonn-Bad Godesberg) Leonhard Spöringer. Nach Meinung vieler Unternehmer haben Bewerber mit 35 bis 40 Lebensjahren die kritische Grenze der Leistungserwartung erreicht. Dem stehen allerdings die neuesten arbeitswissenschaftlichen Erkenntnisse und Erfahrungen gegenüber, wonach sich gerade die Älteren über grössere Berufserfahrung, Verantwortung, Zuverlässigkeit und Pünktlichkeit ausweisen.

Für die berufliche Tauglichkeit der älteren Arbeitnehmer spricht auch die erhöhte Lebenserwartung. Sie soll bis 1980 von heute 74 Jahren auf 79 bis 80 Jahre ansteigen. Um die Jahrhundertwende betrug sie noch 47, im Mittelalter 33 und im Altertum 22 Jahre. Die Zahl der 45- bis 54jährigen dürfte bis zum Jahre 1980 in der BRD um 860 000 zunehmen. «Der Ausgleich des Defizites an inländischen Arbeitskräften wird jedoch nur durch den vermehrten Einsatz älterer Arbeitnehmer möglich sein. Auf ihre beruflichen Kenntnisse und Leistungen kann also nicht verzichtet werden, wenn eine effektive Steigerung unseres Wirtschaftswachstums erreicht werden soll.» Der Autor kommt dann in einem weiteren Kapitel seiner Arbeit auf die Leistungssituation der älteren Arbeitnehmer zu sprechen. Das Fazit dieses Kapitels lautet: «Ältere Arbeitnehmer erbringen nicht ‚geringere‘, sondern ‚andere‘ Leistungen; ihre positiven Leistungen überwiegen die negativen.»